

Bezugspreis
für Halle monatlich bei postmöglicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsergebnis unter
Coale-Zeitungsbelegungen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Coale-Zeitung“ gestattet.
Verantwortl. Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Druckerei-Konto Leipzig Nr. 4606.

Coale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7sp./alt. 38 mm d. Koton-
seile od. der. Raum mit 30 Pf. u.
10" Aufschlag berechnet und in un-
Annahmestellen u. allen Postzweigen
geschl. angen. Reklamen die 78 mm
breite Zeile 1 M. u. 10" Aufschl.
Anzeigen - Annahmestell. vorm.
11 Uhr, für die Sonntag-Dr. abds.
u. 1 Uhr. Adressstellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftl. erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntag 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Verwaltung: Halle,
alte Promenade 18. Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Marx 24 und Große Ulrichstr. 28.

Nr. 298.

Halle, Freitag, den 28. Juni.

1918.

Die Entente verlangt Aufklärung.

Ob der Zar wirklich ermordet? — 28 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. — Rege Artillerietätigkeit. — Der bevorstehende Beginn der deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen in Salzburg.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. Juni.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Rege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme. Auch in anderen Abschnitten zwischen Vier und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu.
Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Somme zwischen Ballencourt und südlich der Höhe zu größerer Stärke. Unsere Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Zerstörergeschäfte entwickelt.

Starker Fliegerangriff führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Jäger schossen gestern 28 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon, unsere Jagdabwehrschiffe fünf feindliche Flugzeuge ab.
Hauptmann Berthold erlang seinen 37. Geburtstag. Hauptmann von der Goltz seinen 28. Geburtstag. Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die tägliche U-Boot-Beute.

Berlin, 27. Juni. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Jech stehende U-Boot hat in der Ostsee und deren Zufahrtsstraßen drei besonders wertvolle Dampfer von je 2000 bis 3000 B.-M. G. versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus Italien, nach England einlaufenden Geleitzügen beschossen.
Im ganzen nach neu eingehenden Meldungen unserer U-Boote:

20 000 B.-M. G.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Zur Vernichtung feindlicher Truppentransporter.

Wie ein U-Boot jetzt nur in seltenen Fällen Namen und Ladung eines versenkten Schiffes feststellen kann, so ist es ihm infolge der zunehmenden feindlichen Gegenwirkung auch fast nie möglich, ein annähernde Schätzung der bei Vernichtung von feindlichen Truppentransportern eingetretenen Menschenverluste vorzunehmen. Kräftig aber trübten in einer Nacht an der Küste von Tripolis die Leichen von 113 italienischen Soldaten an, die zweifellos mit einem versenkten Truppentransporter untergingen. Ueber die Verluste des in der Nacht vom 10. zum 11. Mai torpedierten französischen Truppentransportdampfers „Santa Anna“ teilt jetzt Havas unter dem 21. Juni mit, daß von 2150 an Bord befindlichen Soldaten und eingeborenen Arbeiter nur 1518 gerettet wurden, der Verlust also 637 Mann betrug.

Die Entente und die Gerüchte über die Zaren-Ermordung.

Genf, 28. Juni. (Privattelegramm.) Havas gibt eine Reuterspeise wieder, wonach die Botschafter der Entente in Moskau Befehle ihrer Regierungen erhalten haben, in einem Kollektivschreiben bei der Bolschewikregierung Aufklärung über die Gerüchte von einem angeblichen Attentat auf den gewesenen Zaren zu fordern.

Der Zar bat um Bücher.

Genf, 28. Juni. (Privattelegramm.) Maximilian meldet: Der sehr junge Zar hat dem englischen Botschafter in Moskau ein, in dem er um Anschaffung von Büchern und Gebrauchsschriften nach Sekretariatsbüchern ersucht. Der Wunsch des Zaren ist erfüllt worden.

Das Schicksal der Zarenfamilie.

Die Erkrankung der Zarin.

Wajel, 28. Juni. (Privattelegramm.) Die „Times“ melden: In Londoner Kreisen liegt seit 14 Tagen keine Nachricht über die Zarenfamilie vor. Man ist über das Schicksal des Zarenhauses ernstlich besorgt. Die Zarin sollte vor 14 Tagen nach Sekretariatsbüchern übergeführt werden. Infolge ihrer Erkrankung wurde der Abtransport nur vier Tage verschoben. Ob er ausgesetzt wurde und unter welchen Umständen, und ob die Zarin überhaupt noch Sekretariatsbüchern oder nach einem anderen Orte gebracht worden ist, weiß man zur Stunde noch nicht. Auch

über das Schicksal des Zaren ist die englische Botschaft in Petersburg seit dem 15. d. Mis. ohne jede Mitteilung.

Die verschiedenen Gerüchte.

Wajel, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Havas gibt folgende Stockholmer Meldungen an die Pariser Zeitungen über die umlaufenden Gerüchte von der Ermordung des Zaren wieder: Das erste Gerücht von der Ermordung wurde von der russischen Zeitung „Wieser“ verbreitet, die folgende Einzelheiten gibt: Die Tschcho-Slowaken wollten in Tschernoburg einziehen, wofür der Zar und seine Familie verhaftet worden war. Die den Czaren überwachenden roten Garbisten seien in die Wohnung der kaiserlichen Familie von Nizolaus durch Neopolerski gelötet worden sei. Nach Meldungen einiger anderer Blätter hat sich das Drama auf Anordnung des revolutionären Komitees, das die Annäherung der Tschcho-Slowaken beschwerte, an dem Tage abgepielt, der die kaiserliche Familie von Tschernoburg wegschicken sollte. Als einer der roten Garbisten erfuhr, daß die Tschcho-Slowaken bereits einen Teil der Linie besetzt hätten, habe er den Kaiser durch einen Gehilfen über den Kopf niederschlagen, wobei er ausgerufen habe: „Deiner Bluttäter soll nicht Zar sein.“ „Nemaja Schiln“ sagt, daß die deutsche Gesandtschaft in Moskau die Befestigung von der Ermordung des Zaren erhalten habe.

Salzburg als Verhandlungsort.

WTB. Salzburg, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das „Salzburger Volksblatt“ meldet, dürften wahrscheinlich am 8. Juli in Salzburg die Verhandlungen über den Ausbau des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland fortgesetzt werden. Gegenstand derselben werden die Beratungen über den Abschluß einer Militärkonvention und verschiedene wirtschaftliche Angelegenheiten bilden. Etwa 60 österreichisch-ungarische und deutsche Staatsmänner dürften an den Beratungen teilnehmen, darunter Botschafter von Papst, Staatssekretär A. Kühlmann, Minister des Aeußeren Graf Burián und andere. Die Verpflegung der Gäste hat Ungarn übernommen.

Die Kanzler-Reise ins Hauptquartier.

Berlin, 28. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Obwohl die „Nordd. Allgem. Zig.“ versichert, die Reise des Kanzlers ins Hauptquartier sei schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen, ist man in politischen Kreisen doch der Meinung, daß diese hauptsächlich der Lösung der Kühlmann-Reise gelte; denn man weiß, daß unsere militärische Leitung entschieden Verwahrung gegen die Aeußerungen Kühlmanns eingelegt und schließlich jetzt bei der Entscheidung, ob Kühlmann bleibt oder nicht, auch mitreden wird. Jedenfalls ist die Kühlmann-Reise noch nicht gelöst, und die letzten Vorfälle aufgetauchte und von Erzberger in der „Germania“ verbreitete Behauptung, es stehe nunmehr fest, daß Kühlmann bleibt, entbehrt vollständig jeden Anhalts. Vielleicht wird sich nicht einmal nach der Rückkehr des Kanzlers ersehen lassen, wie der Befehl gefallen ist; denn die Annahme, daß Kühlmann noch mit der Beendigung der von ihm begonnenen Arbeiten beauftragt werden soll, scheint zugeteilt. In Bundesratskreisen vertrat man gestern die Anschauung, daß die neuerlichen Erklärungen des Staatssekretärs ein Wesentliches dazu beigetragen haben, um einen Ausgleich zwischen dem Staatssekretär und der oberen Heeresleitung zu schaffen, und man ist der Ansicht, daß sich die augenblickliche Differenz, die im ersten Augenblicke zutage trat, beseitigen lassen wird.

Keine unblöbliche Verbindung Hertlings mit Kühlmann.

Wajel, 28. Juni. (Privattelegramm.) Die Kölnische Volkszeitung, die sich weiterhin mit der Kühlmann-Reise befaßt, erklärt: Wir glauben nicht an einen Rücktritt Kühlmanns, wenigstens nicht in jeglichem Augenblick. Ganz unbedeutend hatlos ist aber die Ansicht des „Vorwärts“, daß der Fall Kühlmann ein Fall Hertling sei. Es ist gar nicht einzusehen, wodurch und weshalb Graf Hertling unlosbar mit Herrn von Kühlmann verbunden wäre. Soweit sind wir in Deutschland noch nicht, daß der Reichskanzler und der Kaiser von der freien Wahl ihrer Mitarbeiter zurückgehalten werden könnten. Die Drohung des „Vorwärts“ muß auf das entscheidende zurückgewiesen werden.

19 italienische Schiffe versenkt.

Wajel, 28. Juni. (Privattelegramm.) Nach Genauer Meldungen in Schweizer Blättern wurden im Monat Mai 19 italienische Schiffe als versenkt bekanntgegeben.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Ein trauriger Gedanktag.

Heute vor 4 Jahren war's. Der 28. Juni traf auf einen Sonntag. Der in deutschen Landen jumeist schöne Sommertag hatte die Jugend und das Alter, die noch ungetrennten Familien, hinausgelockt in Gottes freie Natur, wo man sich ganz den Freuden des ersten Sommer-Sonnentages hingeben konnte. Ueber Hunderttausende von Familien lastete noch nicht der Trennungsschmerz, der wenige Wochen darauf in unzählige deutsche Häuser eingehen sollte. Man kannte Krieg und Kriegesgeheim nur aus unendlicher Ferne, durch die Zeitungsnutzen über die Vorgänge auf dem Balkan, in Tripolitanien oder zuvor auf Rußa und den Philippinen. Daß der Krieg eines Tages auch das gesamte deutsche Volk, pflichtig und unverhofft, in Mitteilbarkeit ziehen konnte, daran glaubte nach mehr als 40jähriger Friedenszeit kaum noch jemand. Da flatterten in den Nachmittagsstunden dieses ewig denkbürdigen Sonntags die Extrablätter mit jener Nachricht auf, die so viel Leid und Schmerz über die ganze Welt bringen sollte. Sie lautete kurz und kühl: „Serajewo, 28. Juni. Als der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich durch die Straßen der Stadt fuhr, gab ein Individuum aus nächster Nähe mehrere Pistolenhülsen auf ihn und seine Gemahlin ab. Der Erzherzog sowohl wie auch seine Gemahlin wurden tödlich verletzt; beide verstarben nach kurzem.“ Wie ein dunkles Älter ging es durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Sollte die Tat von Serajewo den lange bekümmerten Weltfrieden beenden? Niemand hielt dies für möglich. Überall glaubte man, daß die grauenvolle Tat mit der Züchtigung des Mörderhaates beendet sein würde, und überall hielt man es auch für selbstverständlich, daß sich seine Macht der Erde finden würde, um den Staat zu schützen, der nicht nur die Mörder, sondern auch den Werkzeuge zu dem Verbrechen von 28. Juni gestellt hätte. Wie sollte ein Weltbrand entstehen können? Ein häufiges Durchflattern der Zeitungen aus jenen unheilswahngeneren Tagen rufft uns die Fülle der sich überschlagenden Ereignisse in die Erinnerung zurück. Englische Kriegsschiffe hatten noch gerade einen Besuch in Kiel abgeleistet. In England ordnete der König nach Erhalt der Nachricht aus Serajewo für eine Woche Hoftrauer an. In der Presse Rußlands zeigte man Mitleid mit dem Opfer Principis und tat so, als ob man die Tat verdamme. Der Londoner „Daily Telegraph“ schrieb: „In dieser Zeit, wo die Welt an einem Mangel großer Verantwortlichen krankt, ist der Tod eines so kräftigen und selbständigen Mannes, wie der der Erzherzog es war, ein wahres Unglück, dessen Bedeutung man schwer überschätzen kann.“ Und im Londoner „Daily Chronicle“ konnte man lesen: „Wenn die Compagnie der zivilisierten Welt Kaiser Franz Joseph ein Trost sein kann, so kann er ihrer in vollem Maße sicher sein.“ Schöne Worte waren es, die wir zu bald vergessen wurden, und es zeigte sich, daß die Schiffe Gavrilo Principis nicht nur zwei Menschenleben ausgeliefert, sondern auch die ganze Welt in Brand geschossen hatten.

Heute erinnert man sich dieser Vorgänge kaum noch, wenn man von den Ursachen des Weltkrieges spricht. Heute freilich wir darüber, ob das peride Altsion oder eine räuberische, um ihre Macht besorgte Clique am Rheinestrände die größere Schuld am Weltkriege hat. Berge von Büchern über die Entstehung des Weltkrieges sind entstanden, eine Flut von Aufsätzen ist durch die Welt gegangen; die Tat des 28. Juni steht unverrückbar fest. Und ebenso steht fest auch das Treiben der kriegslustigen Elemente in Petersburg, London und Paris, die jetzt ihre Zeit gekommen sehen, die zu der großen Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns führen sollte. Aus dem Brande der alten Welt entstand das furchtbare Elend des allgemeinen Weltkrieges, von dem bald kein Volk der Erde verschont blieb. Lange schon gibt es keinen Erdteil mehr, der nicht mit in den Strudel hineingezogen worden ist, kein Volk mehr, das nicht unter diesem beispiellosen Völkerringen unendlich leidet. Der Hunger, mit dem die Mittelmächte leichten Kaufs bezogen werden sollten, griff hinüber in diejenigen Staaten, die da glaubten, eine Wladade ausüben zu können. Und von da griffen Not und Elend hinüber in jene Staaten, die an Krieges nicht direkt beteiligt sind und mit Wäde gegenüber den Mächten der Entente ihre Neutralität bewahren, die jumeist kaum noch so genannt werden kann.

Der Nationalitätenspiegel in Oesterreich-Ungarn, der sich in der Tat vor dem Rathaus in Serajewo gleichfalls widerspiegelte, hat während des Weltkrieges bei ununterbrochenen noch um sich geirrt, wenn sich auch die Hoff-

Die Besitzsteuern im Hauptauschuss.

Die Befugnisse des Reichsfinanzhofs. — Die Steuerpflicht der Fürsten. — Die Bezüge der Offiziere. — Annahme des Vermögenssteuerantrages.

Der Hauptauschuss legte gestern nachmittag die Beratung der Besitzsteuervorlagen fort. Die Erörterung wendet sich dem Entwurfe über die

Kriegssteuer der Kriegsgesellschaften und den dazu gestellten Anträgen zu. Ein Antrag Gröber (Zentr.), Oberl. Götsch, Götsch (Ntl.), Kund (Ntl.), Watzmuth (D. Fr.) will die Abgabepflicht der Einzelpersonen vom Kriegseinkommen und vom Vermögen für das Rechnungsjahr 1918 nach dem Stande vom 31. Dezember 1917 auf diejenigen Personen erstrecken, die im § 11 des Besitzsteuergesetzes vom 2. Juli 1913 bezeichnet sind. Es sollen vom Kriegseinkommen für die ersten 10 000 M. 5 Proz., für die nächsten 10 000 M. 10 Proz., für die nächsten 30 000 M. 20 Proz., für die nächsten 50 000 M. 30 Proz., für die nächsten 100 000 M. 40 Proz., für die weiteren Beträge 50 Proz. abgezogen werden. Die Kriegssteuer vom Vermögen über 100 000 M. soll betragen: für die ersten 200 000 M. 1 vom Tausend, für die 300 000 M. 2 vom Tausend, für die nächsten 500 000 M. 3 vom Tausend, für die nächste Million 4 vom Tausend und für weitere Beträge 5 vom Tausend. Ein Antrag aller Vertreter einzelstaatlicher Konventionen enthält einen vollständigen Gesetzentwurf über Zusammenfassung, Befugnisse und Verfahren des Reichsfinanzhofs

und über die Rechtsaufsicht auf dem Gebiete der Zölle und Reichssteuern.

Ein Antrag Bernstein (H. Gos.) will die Abgabe der Gesellschaften über das vorgesehene Maß erhöhen.

Abg. Guba (Zentr.) bemerkt, daß in dem Kompromißantrage die in der Generaldebatte gleichfalls gewünschte Einkommensteuer fehle.

Abg. Kell (Gos.) möchte am liebsten die Besteuerung der Landesfürsten im Gesetze ausstreichen und fragt nach der Höhe des

Besteuerbetrags der Fürsten.

Abg. Gröber (Zentr.): Da der Antrag die Veranlagung der Landesgesetzgebung zugrunde legt, ist die Frage negativ entfallen.

Abg. Waldstein (Sp.): Beitragspflichtig sind die Fürsten auch nach dem Schlichterergelbe. Über formell können sie nicht zur Besteuerung herangezogen werden durch die Bestimmungen über die Veranlagung.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Bundesfürsten sind ihren Verpflichtungen auf Heller und Pfennig nachgekommen. Den Betrag können wir nicht angeben, da er, wie bei jeder Privatperson, geheimgehalten ist.

Ein Antrag Bernstein (H. Gos.) den gesamten Mehrgewinn als Steuer zu erheben, wird abgelehnt. Die ersten Paragraphen des Kompromißantrages werden mit einem fortschrittlichen Zusatzantrage angenommen. Dem § 1 c (Abgabe) ist nur das Einkommen gegenüber dem Kriegseinkommen, das 3000 Mark übersteigt, hinzuzufügen; oder das von dem Abgabepflichtigen nachgewiesene höhere Einkommen, das er im Jahre 1913 oder im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 13 tatsächlich bezogen hat.

Zu § 1 e, wonach, wenn die persönliche Einkommensteuerpflicht erst nach dem für die letzte Friedensveranlagung maßgebenden Einkommen der Kriegszeit für eine Veranlagung von 5 Proz. bemessene Jahresbetrag des bei Eintritt der Steuerpflicht nachweislich vorhandenen Vermögens gilt, macht Abg. Götsch (Sp.) darauf aufmerksam, daß hierin eine außerordentliche Härte liegt, z. B. bei höheren Industriebeamten, die früher im Ausland waren.

Abg. Müller-Juda: 13 000 M. Einkommen bleiben zu nächst steuerfrei und weiter hinaus zu sind die Steuerzüge minimal.

wegen der Zügelangriffe alle Nacht nicht länger bleiben konnten. Wir haben die ganzen Nächte in den Kellern verbracht, von die Angst, wenn die Bomben fallen hört. Eine ist 100 Meter von unserem Keller gefallen, wo wir mehr als 80 Personen untergebracht waren. Totenfälle herrschte darin, 5 oder 6 Häuser wurden durch eine einzige Bombe zusammengestürzt. Vor Angst brüllte ich einer an den andern.

Als wir Dienstag früh den Vormarsch der Deutschen und den Rückzug der Engländer sahen, legte eine 11 G e m e i n e 11 Uhr ein. Ich stand am Schalter im Bahnhof von 10 bis 3 Uhr und dann hind wir in einen Wohnwagen eingeschlossen. Als wir um 3 Uhr in Paris ankamen, überfiel uns ein heftiges Nieseln, den Bahnhof und warf Bomben, ohne Schaden anzurichten. In Paris waren wir gegen 2 Uhr morgens.

Wir haben einen Zug erst abends um 5 Uhr am Ostbahnhof bekommen; der Locomotive Bahnhofs war vollkommen überfüllt und verstopft. Als wir in Trojes ankamen, kamen Jüde aus Chalons, die Flüchtlinge brachten, weil sie es vor dem starken Bombardement der deutschen Flieger nicht mehr aushalten konnten. Die Schanden und Opfer dort sind beträchtlich. Im Bahnhof von Creil haben wir mit zwei Freunden gesprochen, die aus Amiens kamen. Dort ist daselbst Leben wie in Compigne, überall Fortführung und Tod. Es ist dieselbe Geschichte in Compigne wie 1914 und noch viel schlimmer; denn je mehr die Verwundeten vorwärts kommen, desto größer wird die durch ihre Flieger verursachte Angst sein.

Ungeheures Explosionsunglück in Kiew.

T. U. Babel, 27. Juni. Kasas berichtet aus Moskau: Eine Explosion in Kiew in der Kattler- und Pulverfabrik zerstört. 200 Häuser liegen in der Asche. Infolge der Katastrophe wurde der Belagungsstand verhängt.

Annahme des französischen Etats.

WTB. Paris, 29. Juni. Die Kammer nahm mit 485 gegen 5 Stimmen den gesamten Staatsausfallsplan und das Finanzgesetz an.

Die englische Arbeiterkonferenz gegen den „Burgfrieden“.

T. U. Amsterdam, 27. Juni. Reuters berichtet aus London: Die Resolution zur Aufgabe des politischen Burg-

Wag. Götsch (Sp.): Unter Umständen würde bei Personen, die früher im Ausland lebten, das ganze Einkommen als Einkommen zu versteuern sein.

Unterstaatssekretär Schiffer: Wir werden versuchen, eine Fälligkeit zu bilden, die den Anträgen gerecht wird. Die

Veranlagung im Auslande können wir zu Grunde legen.

§ 1 i sagt, daß bei Feststellung des Kriegseinkommens der Offiziere und oberen Militärbeamten, deren Einkommen in Höhe der Friedensbezüge zu berücksichtigen ist.

Abg. Gröber (Ztr.): Das macht den Eindruck einer Ungünstigkeit. Das geht nicht. Die

Mittheilung über die großen Bezüge der Offiziere ist sehr hart.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Kriegszulage hat den Charakter einer Aufwandsentschädigung und sollte deshalb steuerfrei bleiben. Die Reserveoffiziere werden die steuerfreie Grenze kaum erreichen. Nach weiterer Debatte wird die Entscheidung über diesen Paragraphen ausgesetzt und der Kompromißantrag angenommen.

Ein konzentrierter Antrag zur Vermögenssteuer, wonach diese in Höhe von 300 000 M. den Einkommen angesetzt werden soll, wird vom Abg. Grafen Westarp (Ntl.) damit begründet, daß es jetzt schwer sein würde als früher, den geordneten und billigen Verteilungsmaßstab zu finden, früher sei nur die Kopfzahl genommen worden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Auf Antrage des Abg. Gröber (Ztr.), wie die Bundesfürsten sich zu der Beteiligung an der Vermögensabgabe stellen würden, antwortet Unterstaatssekretär Schiffer, daß die Bundesfürsten bereits bei dem früheren Gesetz ganz allgemein die Erklärung abgegeben hätten, sie würden die auf sie entfallende Kriegssteuer entrichten.

Bestimmt wird, daß

Vermögen von nicht mehr als 100 000 Mark abgabefrei sind.

In dem Vermögenssteuerantrag § 13 e wird den Landesregierungen die Bestimmung der Höchstsumme und des Rechmittelerfahrens überlassen. Es ist vorzuschlagen, daß die Landesregierungen ihre oberste Instanz zugunsten des Reichsfinanzhofs ausschalten werden.

Der Vermögenssteuerantrag wird angenommen.

Bei dem Gesetzentwurf über den Reichsfinanzhof bemerkt Unterstaatssekretär Schiffer, daß der Reichsfinanzhof nur entscheiden soll, über Härten, die sich aus der Konstruktion des Gesetzes ergeben; die Billigkeit- und Gnadenfragen müssen dem Bundesrat bleiben.

Der preussische Generalleutnantdirektor wendet sich gegen § 16 a, wonach der Reichsfinanzhof auf Antrag zur Vereinerklichung besonderer Härten eine von den Beschlüssen dieses Gesetzes abweichende Berechnung des Einkommens und des Vermögens unter billiger Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse eines Abgabepflichtigen genehmigen kann. Dadurch würden dem Finanzhof unmögliche Aufgaben gestellt werden.

Abg. Waldstein (Sp.): Der Finanzhof ist keine geeignete Instanz, um über den Härtenparagraphen zu entscheiden.

Abg. Graf Westarp (Ntl.) legt Wert darauf, den § 16 a bestehen zu lassen. Er werde eine gewisse Berufung schaffen.

§ 16 a wird abgelehnt, ein § 16 b angenommen, wonach die Bundesstaaten für die Veranlagung und Erhebung der Abgabe eine Entschädigung von 1 Prozent ihrer Roh-einnahme erhalten.

Die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

nungen unserer Gegner nicht erfüllen. Das Deutsche Reich aber blieb unerschüttert. Ein Gegner nach dem anderen wurde außer Kampf gesetzt: Belgien wurde befehligt und weite Teile Nordfrankreichs, Serbien, Montenegro und Rumänien wurden bezwungen und Rußland mit seinen Millionenheeren, die die erste und größte Hoffnung der Entente bildeten, niedergebrennt. Gebiete, die weit größer sind als das Deutsche Reich, wurden seit jenem furchtbaren Sommer Tage befehligt, in weiten Vanhöfen wurde jede Kultur getilgt. Ingeheißte Wohnstätten fielen in Trümmer und ertragreiche Felder wurden auf lange Zeit hinaus unfruchtbar gemacht. Aber von Belgien, Rußland, Montenegro, Serbien und Rumänien sind Könige ohne Land geworden und der einst stolze Zar ist der Gefangene der Bolschewisten, wenn er überhaupt noch am Leben ist, worüber zur Stunde größte Ungewißheit besteht. Nach Millionen zählten die Opfer, die auf den Schlachtfeldern ganz Europas bis hinein nach Indien und Afrika ihr Leben ließen mußten, und viele weitere Millionen verloren ihre Gesundheit unter, wurden zu Krüppeln. Und bei alledem ist das Ende dieses entsetzlichen Ringens auch nur mit einem geringen Maße von Rechtschaffenheit nicht vorauszufragen. Die Macht haben der Entente wollen das Leidenfeld immer noch vergrößern; sie hängen nicht an den Frieden, weil sie auch jetzt noch der Spionage einer Niederbringung Deutschlands nachgehen und deshalb eine jede Annäherung schroff von sich weisen, wie sich seit dem ersten Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 stets aufs neue gezeigt hat.

Es ist ein furchtbarer Gedanke, der 28. Juni 1918. Auf der Seite der Mittelmächte sind die reinen Hände und die guten Gewissen. Drum dürfen wir auch mit Vertrauen dem weiteren Friedensringen der Inländer an der Front entgegengehen, bis es eines Tages doch auf dem ganzen Erdball, ruft nur bei uns, helfen wir!

Den Deutschen Verderber geht ich bin mit Grollen, Für's erste Weiden, das der Mars uns dringt. . . C. H.

Ministerrat in Wien.

WTB. Wien, 28. Juni. Kaiser Karl empfing gestern in besonderen Audienzen die Reichsratsabgeordneten Steinwender, Franz, Pader, und den Ackerbauminister Grafen Silva Tarouca. Die Besprechungen endeten unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Seidler ein Ministerrat statt.

Die österreichischen Ukrainer für Seidler.

WTB. Wien, 28. Juni. Wie die Korrespondenz aus Kuznia meldet, erklärten die Vertreter der Ukrainer in Geßprächen mit dem Ackerbauminister Grafen Silva Tarouca, daß die ukrainische Bevölkerung des Abkommens stand unter dem Vorbehalt des Budgetkompromisses und die Kriegskredite hinnehmen werde, wenn der gegenwärtige Ministerpräsident im Amte verbleiben würde, weil die Ukrainer nie zugeben könnten, daß der Kabinettswechsel infolge eines politischen Befehls falle.

Ministerpräsident Sterczkowski über Polens Politik.

Das Bündnis mit den Mittelmächten.

Warschau, 28. Juni. In Beginn der heutigen Sitzung des Staatsrates im Königreich Polen richtete der Staatsratsvorsitzmann namens des Hauses die Aufforderung an den Ministerpräsidenten Sterczkowski, dem deutschen Reichsfinanzminister und dem österreichischen Finanzminister die Minister der Reichsfinanzminister des Reichsfinanzministeriums in der inneren Politik und die dem Hause vorgelegten Gesetzentwürfe flüchtig. In dem Sterczkowski die formellen und sachlichen Schwierigkeiten freilegte, welche die Erfüllung des immerzeit angelegentlichsten Regierungsprogramms verzögerten, machte er die Mitteilung, daß die Verhandlungen mit dem O p a t i o n s b e d e n t e n betreffend die Verwirklichung der Aufnahme war, nicht mehr notwendig, als jenseit überzähligen seien, daß sie eine hinreichende Grundlage für die Arbeiten des Staatsrates hätten. Namens der Regierung sollte er die Überzeugung ausdrücken, daß die Übergabe der politischen und der Finanzverwaltung nach im Laufe dieses Jahres erfolgen könnte. Sterczkowski äußerte jedoch die Vermutung, daß die Herrschaft wie die Überwindung der politischen und Finanzverwaltung im Grunde genommen mit der politischen Frage zusammenhänge, und daß sie solange nicht in einer dem notwendigen Verhältnis des Staatsaufbaues entsprechenden Weise werden erledigt werden, als nicht eine politische Lösung und Regelung des Verhältnisses des politischen Staates zu den Mittelmächten eingetreten sei. Geleitet von dem Streben, für den politischen Staat dauerhafte öffentlich rechtliche Grundlagen zu schaffen, habe sich die Regierung im April an beide Mittelmächte mit einer Note gewandt, worin sie darlegte, was nach ihrer Ansicht in territorialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht bei einem Bündnis mit den Mittelmächten für die Zukunft des politischen Staates notwendig sei, und vorzüglich die Verhandlungen darüber unter Teilnahme Polens baldmöglichst einzuleiten und durchzuführen. Der deutsche Reichsfinanzminister habe eben erst geantwortet, daß die politischen Wünsche gründlich und wohlwollend mit der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung betrachtet und erörtert würden, wobei der Reichsminister versichert, daß die endgültige Lösung nicht erfolgen werde ohne Verständigung mit den eigentlichen Organen der politischen Nation. Auf demselben Standpunkt stehe auch die Haltung der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten betrafen das innere Regierungsprogramm und Verträge.

Die Wirkung unserer Bombenangriffe auf französische Orte.

Berlin, 27. Juni. Ueber die Wirkung der Bombenangriffe unserer Flieger berichtet ein bei einem gefangenen Franzosen gefundener Brief folgendes:

„St. Cyr - les - Colons, den 3. April 1918. Wir hatten Dir kurz unsere Abreise aus Compigne mitgeteilt, wo wir

riedens in England wurde von der Arbeiterkonferenz mit 1 704 000 gegen 951 000 Stimmen angenommen.

Die Departements von Paris um der Seine Kriegszonen.

Berlin, 28. Juni. Wie den italienischen Wäutern aus Paris gemeldet wird, unterzeichnete der Präsident der Republik ein Dekret, das die Departements von Paris und der Seine als Kriegszonen erklärt. Das Dekret habe nur militärische Bedeutung, keine Verwaltungsbedeutung, werden auch ferner von ihren betreffenden Ministern abhängig bleiben.

Der Reichstagsauschuss für das Branntwein-Monopol.

nach am Donnerstag die Bestimmungen über das Kontingent der Sonderrechtstiteln an. Weiter wurden, trotz Eintrages des Schatzsekretärs, sozialdemokratischer und fortschrittlicher Anträge angenommen, neue Paragraphen in die Vorlage einzufügen, die den Arbeitern das Vereins- und Verjammlungsrecht sichern. Darauf beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Branntweinübernehmerpreis. Ein Beschl. wurde noch nicht gefaßt.

Deutsches Reich.

Vom Ernährungsausschuss.

Der Ernährungsausschuss des Reichstags hat gestern das Jelleneingangs in Rußland befehligt, um sich dort die neu errichteten Anlagen näher anzusehen, in denen nach dem Großhies Verfahren der Teig für Brot hergestellt wird. Dieser Teig wird in ganz kurzer Zeit nicht aus Wehl, sondern aus dem ungemahlten Getreide gemolten und liefert ein volles, sehr bekömmliches Brot. Die Abgeordneten nahmen die Vorführung mit größtem Interesse auf.

Ausland.

Reizte Erkrankung der Kaiserin Jita.

WTB. Wien, 27. Juni. (Medung des Wiener A. A. T.-Bureau.) Kaiserin Jita ist an einer leichten Influenza erkrankt. Da die Erkrankung einen vollkommen normalen Verlauf nimmt, wird von einer regelmäßigen Ausgabe von Krankeitsberichten abgesehen.